

## Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek

Mitglied im Dachverband  
Initiativen  
für erfolgreiche  
Integration  
Hamburg

Bürgerinitiative  
**Neugraben-Fischbek**

NEIN! zur Politik  
Ja zur Hilfe!

[#WannWennNichtJetzt](#)

Hamburg, den 12.07.2016

### Newsletter 14/2016

Liebe Unterstützer der Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek,

die Initiatoren der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“ haben in den Verhandlungen mit den Vorsitzenden der Regierungsfractionen der Bürgerschaft Hamburg eine Einigung erzielt. Diese Vereinbarungen werden am 13.07.2016 in die Bürgerschaft Hamburg eingebracht und zur Abstimmung gestellt. Mit Annahme der Vereinbarung ist der Volksentscheid abgewendet.



Konkret wurden folgende Ergebnisse ausgehandelt:

- Bekenntnis zur Verpflichtung der Unterbringung von Flüchtlingen
- Verpflichtung zur regelmäßigen Planung von **mehreren Unterbringungsbedarfsszenarien**
- Schließung prekärer Unterkünfte bis 2017
- **3x300** Regel: **300** Unterkünfte in Hamburg ab 2019 mit durchschnittlich **300** Plätzen und max. **300** Bewohnern für neugeplante Unterkünfte
- Prioritätenliste zur Verkleinerung von Unterkünften
- Entwicklung eine **Hamburger Verteilungsschlüssels** u. a. auf Basis des Schlüssels der BINF
- Anstrengungen und umfangreiche Maßnahmen zur **Schaffung von ausreichend Wohnraum**
- Entwicklung eines **Masterplanes Integration** mit messbaren Integrationskennziffern

- **10 weitere Bürgerverträge** mit lokalen Lösungen, inhaltlich ähnlich dem Bürgervertrag Neugraben-Fischbek
- **Fortbestand** der Folgeunterkünfte mit Perspektive Wohnen in abgespeckter Form (von 300 Plätzen in Neugraben-Fischbek bis 1.500 Plätze in Billwerder)

Dies ist ein Ergebnis, welches viele Forderungen der Volksinitiative „Hamburg für gute Integration“ aufgreift und für den Senat ein „schmerzhafter aber machbarer“ Kompromiss. Die Vereinbarungen sind „atmend“ und können, wie auch schon im Bürgervertrag Neugraben-Fischbek vereinbart, den Zugangszahlen der Flüchtlinge angepasst werden.

Neugraben-Fischbek hat im Rahmen eines der Bürgerverträge bereits eine lokale Lösung verhandelt. Was bedeutet nun der Gesamtkompromiss konkret für unseren Stadtteil:

- Lokale Vereinbarungen haben Vorrang vor dem Gesamtvertrag
- Die **Laufzeit** der Unterkünfte und die **Unterkunftshöhen** wird **durch den Bürgervertrag bestimmt** und bleibt wie vereinbart
- Sofern der Unterbringungsbedarf sinkt, wird die Belegungshöhe fortlaufend überprüft, auch dies wurde bereits im Bürgervertrag vereinbart
- Die Einigung mit der Volksinitiative gibt dazu nun die Priorität der Reihenfolge vor (zuerst prekäre Unterkünfte, danach Unterkünfte mit hoher Belegung und letztlich Folgeunterkünfte mit der Perspektive Wohnen)
- Für neu zu suchende Unterkünfte im Rahmen von 3x300 gilt weiterhin, dass diese **nicht** in Neugraben-Fischbek und Hausbruch zu errichten sind

Wie im Vorfeld zu erwarten war, sind die Vereinbarungen in allen Stadtteilen recht unterschiedlich. Für die Perspektive Wohnen wird vielfach eine Zielgröße von 300 Plätzen ab 2019 vereinbart, die Laufzeiten dann aber auf 15 Jahre festgelegt. Für Folgeunterkünfte in Containern und Pavillons besteht oftmals Bestandschutz. Am Aschenland wird in den kommenden 10 Jahren einer der Standorte mit mehr als 300 Flüchtlingen bleiben, Neugraben-Fischbek und Hausbruch werden jedoch auch keine neue Unterkunft im Rahmen von 300x300 hinzubekommen. Wir bleiben für euch dran!

Euer BINF-Orga Team

Email: [mitmachen@binf-online.de](mailto:mitmachen@binf-online.de)

Web: [www.binf-online.de](http://www.binf-online.de)

Facebook: Bürgerinitiative Neugraben Fischbek

Twitter: BI NeugrabenFischbek

*Die Bürgerinitiative Neugraben-Fischbek wurde im Anschluss an eine Informationsveranstaltung zur geplanten Großunterkunft in Neugraben Fischbek am 23.09.2015 gegründet. Die Bürgerinitiative hat eine machbare und nachhaltige Integration zum Ziel und lehnt Großunterkünfte als nicht integrierbar ab. Die Bürgerinitiative fordert eine Höchstgrenze von 1.500 Flüchtlingen für Neugraben-Fischbek und bietet damit gegenüber den Planungen für Gesamt-Hamburg eine fast doppelt so hohe Integrationsleistung an. Die Bürgerinitiative hat einen Vorschlag für eine faire Verteilung auf alle Stadtteile vorgelegt. Am 15.06.2016 hat die Bürgerinitiative mit Vertretern des Senates der Stadt Hamburg, der Regierungskoalition sowie des Bezirksamtes Harburg einen Bürgervertrag unterschrieben, der die Unterkunftshöhen sowie Integrations- und Infrastrukturaspekte regelt.*